

Wahlprüfsteine Stadtjugendring Potsdam e.V. für die Kommunalwahlen 2024 in Potsdam

Antworten der Wählergruppe DIE aNDERE / 11.05.2024

1 — Jugend im öffentlichen Raum

1.1 — Welche Maßnahmen sehen Sie für die Schaffung weiterer öffentlicher Jugendorte und Treffpunkte (drinnen und draußen), die ohne Konsumzwang, frei gestaltet werden können und ohne Pädagog*innen auskommen?

In den letzten Jahren kam es zu Verdrängungen von Jugendlichen, welche sich die Orte gesucht haben, die sie brauchen. Die Stadt muss Jugendlichen Räume zugestehen. Dazu gehört auch die Schaffung der Skaterhalle. Eine Möglichkeit wäre auch die Bereitstellung eines Objektes, welches in Eigenregie von Jugendlichen gestaltet und betrieben werden kann.

1.2 — Wie würden Sie aktiv (z.B. in der SVV) dafür eintreten?

Wir setzen uns auch weiterhin für die Schaffung von notwendigen Freiräumen ein. Dafür stellen wir Anträge in der SVV, die in Rücksprache mit den betroffenen Gruppen gestaltet werden, und engagieren uns für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel.

2 — ÖPNV

2.1 — Welche Maßnahmen sehen Sie für die Schaffung eines kostenfreien ÖPNV-Tickets für alle Kinder und Jugendliche in Potsdam (Tarifzone ABC)?

DIE aNDERE hat schon vor 10 Jahren ein Konzept zur Einführung des Nulltarifes im ÖPNV vorgelegt. Da der Potsdamer ÖPNV mit dem Verkehrsverbund VBB verzahnt ist, sind das Land Brandenburg und der Bund gefragt, um rechtlich wie finanziell die Rahmenbedingungen zu schaffen. Das kostenfreie ÖPNV-Ticket für Jugendliche kann dafür ein Anfang sein.

2.1 — Wie würden Sie aktiv (z.B. in der SVV) dafür eintreten?

Mit den notwendigen Anträgen in der SVV zur Umsetzung und öffentlichkeitswirksamen Engagement für die Sache.

3 — Ausstattung der Schulen

3.1 — Welche Maßnahmen braucht es, um marode Schulen schnell zu sanieren und kleine Reparaturen am Schulgebäude schnell und unbürokratisch umzusetzen? (ohne Investitionsstau)

Vordergründig ist eine adäquate und bedarfsgerechte Konzeption in der Schulentwicklungsplanung nötig. Die Bildung von Kindern und Jugendlichen muss prioritär in der LHP behandelt werden, Reparaturen sofort möglich sein. Zudem fordern wir mehr Mitsprache der Nutzer*innen bei Neubau und Sanierung von Schulen.

3.2 — Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Digitalisierung in allen Potsdamer Schulen auf dem neuesten Stand ist und bleibt?

Es bedarf einer, auch personell, gut ausgestatteten administrativen Verwaltung und Priorisierung, um Digitalisierung schulischer Bildung voranzutreiben und auf dem neuesten Stand zu halten.

4 — Mentale Gesundheit für Kinder und Jugendliche

4.1 — Unterstützen Sie die Forderung des Kreisschüler*innenrates, an Schulen ab 400 Schülerinnen und Schülern eine weitere Schulsozialarbeiter*in an Schulen zu beschäftigen?

Ja. Schulsozialarbeit ist ein essentieller Teil davon, Schüler*innen in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen und die negativen Auswirkungen unseres Schulsystems abzufedern. Je mehr Stellen wir schaffen können, desto besser. Es bedarf einer Abstimmung mit den staatlichen und freien Schulen sowie den Trägern der Schulsozialarbeit.

4.2 — Unterstützen Sie die Anstellung von Schulpsycholog*innen an den Schulen, um die Sozialarbeit zu entlasten und jungen Menschen besser zu helfen?

Ja. Schulpsycholog*innen sind über das staatliche Schulamt angestellt. Hier sollte die LHP Möglichkeiten mit dem Land finden, das Thema der seelischen Gesundheit stärker in den Schulen zu verankern, zum Beispiel auch über Schulgesundheitsfachkräfte.

4.3 — Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass es mehr Therapieplätze für Kinder und Jugendliche gibt? (mehr Psychotherapeuten kassenärztlich zugelassen werden)

Die LHP wird aufgefordert sich bei der KV Brandenburg einzusetzen, die Anzahl der Plätze zu erhöhen. Das Klinikum EvB sollte zudem die ambulanten Kapazitäten der Kinder- und Jugend-Psychiatrie aufstocken. Beratungsangebote, wie die neu geschaffene Fachstelle Seelische Gesundheit oder die Lotsenstelle bei NOW!, müssen dauerhaft gesichert werden.

5 — Bezahlbarer Wohnraum

Welche kurz-, mittel- und langfristigen Schritte sehen Sie, um die Bereitstellung von mehr bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen in Potsdam sicherzustellen?

Schaffung günstiger Mietwohnungen durch die ProPotsdam für WBS-Inhaber*innen, aber auch für Jugendliche mit geringem Einkommen, wie Studierende. Dazu Anpassung des ProPotsdam-Bonus zur Vergabe. Dringende Umsetzung eines funktionierenden Wohnungstauschprogrammes. Beim Bund hinwirken, dass Zusammenlegung von WBS für Schaffung von WGs ermöglicht wird.

6 — Rechtsextremismus

6.1 — Sind Sie bereit, finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um Jugendliche in Potsdamer Schulen mehr für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren? Wenn ja, welche konkreten finanziellen Ressourcen würden Sie durch die Stadt Potsdam bereitstellen?

Grundsätzlich ja. Die Befassung mit Rechtsextremismus an Schulen ist aber in erster Linie Sache des Landes, welches die Lehrpläne festlegt. Hier favorisieren wir Projektstage und eine verstärkte Kooperation mit Institutionen außerschulischer Bildung. Betroffene rechtsextremer Gewalt an Schulen müssen zudem bestmöglich unterstützt werden.

6.2 — Schließen Sie die Zusammenarbeit mit einer rechtsextremen Partei aus?

Ja, in jedweder Form.

7 — Junge Menschen in Potsdam

Was möchten Sie laut Ihrem Wahlprogramm für junge Menschen in der Stadt Potsdam und deren Zukunft erreichen? Was sind Ihre Ziele für junge Menschen bis 2029?

- Keine Schule ohne Schulküche, wettkampftauglichen Sportplatz und Räume für integrative und inklusive Freizeitangebote
- An allen Schulen kostenloses Schulessen
- Vorfahrt für den Jugend- und Breitensport, kostenfreie Nutzung aller städtischen Sportanlagen
- Mindestens das kostenlose Schüler*innenticket bis 2029
- Schaffung von Freiräumen, wie die Skaterhalle

8 — Beschlüsse

8.1 — In den letzten Jahren sind viele Beschlüsse der SVV oder anderer Ausschüsse im Sande verlaufen. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Beteiligung und Engagement nicht in der Verwaltung steckenbleiben?

Die Verwaltung wird durch die Fraktionen kontrolliert, d.h. die Umsetzung von Beschlüssen kann jederzeit nachgefragt werden. So haben wir kürzlich die Auflistung von Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, angemahnt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Umsetzung von Beschlüssen wäre die Einführung eines sogenannten Ampelsystems sinnvoll.

8.2 — Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass öffentliche Jugendfreizeitflächen in der Stadt Potsdam langfristig gesichert werden und nicht z.B. für den Bau von Schulen weichen müssen?

Planungen der LHP müssen alle Bedürfnisse beachten und die Fraktionen müssen in der Konsequenz dafür Sorge tragen, dass unterschiedliche Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dazu gehört z.B. die verbindliche Festschreibung von Freizeitflächen im Stadtentwicklungskonzept.

8.3 — Wie gehen Sie mit dem Argument um, es handele sich im Gegensatz zu HzE oder KiTa um viele unserer Aufgaben „nur“ um freiwillige Leistungen oder dem Grunde nach pflichtige? Wie wollen sie die Themen der jungen Menschen weiterbringen, wenn diese finanziell gesehen nie pflichtig sind?

Gerade freiwillige Leistung müssen erbracht werden, sind sie doch für das gesellschaftliche und soziale Miteinander essenziell. Wir konnten immer wieder aufzeigen, dass dafür an anderer Stelle gespart werden kann, wie z.B. bei Prestigeobjekten und —projekten und Machbarkeitsstudien. So konnten wir auch die Sonntagsöffnung der SLB beschließen.

8.5 — Die Zahl der jungen Menschen in Potsdam wächst und wächst: Wie wollen Sie eine auskömmliche Finanzierung der Potsdamer Kinder- und Jugendarbeit (Paragraph 11 und 12 SGB VIII) sicherstellen, wenn wir davon ausgehen, dass mit den steigenden Bedarfen der jungen Menschen auch der Bedarf an Personal- und Sachkosten in den Organisationen steigt?

Zuerst müssen die Arbeitsbedingungen in der LHP so verändert werden, dass die offene Zahl an Stellen adäquat besetzt werden kann. Mit einem Wachsen der jungen Bevölkerung muss auch die soziale Infrastruktur mitwachsen. Dazu gehört auch eine auskömmliche Finanzierung.

8.6 — Wie können Sie die konkrete sichtbare Umsetzung der Ergebnisse aus Kinder- und Jugendbeteiligung-Prozessen besser unterstützen?

Wenn es zu Projekten eine Kinder- und Jugendbeteiligung gab, muss sie den Stadtverordneten deutlich kommuniziert werden. Weichen die Ansichten von Kindern und Jugendlichen von den ursprünglichen Plänen ab, unterstützen wir diese Änderungen in den Ausschüssen und der SVV.

8.7 — Wie wollen Sie zukünftig die Bedarfe von jungen Menschen in Potsdam erfassen und diese politisch bis zur Umsetzung vertreten? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Potsdam vor?

Die Arbeit des Stadtjugendrings wertschätzen wir unbedingt. Die Beteiligung von Kindern/Jugendlichen an der Kommunalpolitik sollte jedoch darüber hinaus direkter erfolgen, z.B. durch einen Kinder- bzw. Jugendbeirat, der direkt in den Ausschüssen der Stadt mitwirkt. Die Ausgestaltung sollte nach der Meinung der Kinder/Jugendlichen erfolgen.